

Bis zu 700 000 Kinder vernachlässigt

Experten schlagen Alarm / Rechte der Minderjährigen sollen ins Grundgesetz

Berlin/Leipzig (DW/ski). Zwischen fünf bis zehn Prozent – das sind zwischen 350 000 und 700 000 – der Kinder unter 14 Jahre gelten in Deutschland nach Expertenschätzung als „vernachlässigt“. Die Kinderkommission des Bundestages, der Kinderschutzbund, die Diakonie und die Caritas drängen deshalb auf eine rasche Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz.

Nach einer Aufstellung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, die der Leipziger Volkszeitung vorliegt, „stellt Kindesvernachlässigung die mit Abstand häufigste Gefährdungsform der im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe bekannt werdenden Fälle von Kindeswohlgefährdung dar“.

„Die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz würde das allgemeine Bewusstsein für die Rechte von Kindern stärken und angesichts der leider zunehmenden Fälle von Vernachlässigung und Misshandlung würde verdeutlicht und unterstrichen werden: Deutschland nimmt seine Kinder ernst, wir sind ein kinderfreundliches Land“, sagte die Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestages, Miriam Groß (FDP). Unabhängig davon bedürfe es aber auch konkreter Handlungsanweisungen zum Wohl der Kinder. „Durch ein gut ausgebildetes Netzwerk von Kinderärzten, Hebammen, Jugendämtern und aller am Aufwachsen von Kindern Beteiligten muss gewährleistet werden, dass Vernachlässigungen frühstmöglich erkannt werden.“

Für die Geschäftsführerin des Kinderschutzbundes, Paula Honkanen-Schoberth, hat die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung eine „zentrale Bedeutung“, weil damit auch „die Kinder schon wissen, als zukünftige Eltern von morgen, dass sie entscheidende Rechte haben, wie das auf gewaltfreie Erziehung, auf Beteiligung und Förderung“. Davon verspreche sie sich eine „schützende Langzeitwirkung“ für Kinder.

Ähnlich äußerten sich auch Diakonie und Caritas. Beide kirchliche Organisationen hatten bereits im vergangenen Jahr bei einem gemeinsamen Aktionstag in Erfurt Stimmen gesammelt, um Kindern zu mehr Rechten zu verhelfen. „Wir unterstützen voll und ganz, dass Kinderrechte in das Grundgesetz aufgenommen werden, das ist eines unserer ureigensten Anliegen“, sagte Frieder Weigmann, Sprecher der Diakonie Mitteldeutschland, der LVZ.

Daneben müsse die Politik endlich die Weichen stellen, um Familien zu stärken – vor allem, wenn sie es aus eigener Kraft nicht könnten. „Die Vernachlässigung der Kinder steht oft in Zusammenhang mit Armut“, verweist Weigmann auf die Erfahrungen der Diakonie.

© Seite 2/Aus aller Welt

Quelle: Leipziger Volkszeitung vom 28.11.2007